

Cynthia Price Cohen. URL: <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/convention-rights-child>.

6. The Children Act 1989. URL: <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1989/41/contents>.

7. Fortin, Jane, Children's Rights and the Developing Law, 3rd Edition. Children's rights and the developing law, 3rd edition, Cambridge University Press, 2009 yr. URL: <https://ssrn.com/abstract=1490049>.

8. Child Accident Prevention Trust by the UK's leading charity. URL: <https://capt.org.uk/pages/category/safety-advice-injury-types/>.

9. Law Reform (Contributory Negligence) Act 1945. URL: <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/Geo6/8-9/28/contents>.

***Пупіс А.,***

здобувач наукового ступеня доктор  
філософії Національної академії  
внутрішніх справ

*Консультант з мови: Козубенко І.*

## **BEDROHUNGEN ALS VERBRECHEN**

Verbrechen wie Raub, Erpressung und Vergewaltigung beinhalten oft die Anwendung physischer Gewalt, um den Willen des Opfers zu brechen. Gewalt beinhaltet in der Regel tatsächliche Gewalttätigkeiten. Drohungen bilden eine Grundlage für strafrechtliche Haftung, wenn sie Angst vor Gewalt als Vergeltung für die Nichtbefolgung einer Forderung hervorrufen. Das Erlangen von Geld, Eigentum oder sexuellen Handlungen von jemandem ist ein Verbrechen, wenn es gegen den Willen oder ohne die Zustimmung des Gebers geschieht oder wenn der Geber nur unter Zwang zustimmt. Ob solche Handlungen durch tatsächliche Gewalt oder die Drohung von Gewalt durchgeführt werden, ist in der Regel unerheblich. Im Gegensatz dazu werden Drohungen, die keine Angst erzeugen, wahrscheinlich nicht als Verbrechen betrachtet.

Daher sind Drohungen zwar nicht unbedingt erforderlich, um Verbrechen wie Erpressung, Raub oder Vergewaltigung zu begehen, werden jedoch häufig zur Durchführung dieser Taten eingesetzt. Anstatt sich mit jedem dieser Verbrechen einzeln zu befassen, betrachten wir hier die Natur von Drohungen im Allgemeinen.

Der Linguist Bruce Fraser postuliert, dass, um eine Drohung auszusprechen, ein Sprecher Folgendes tun muss:

1. Die Absicht äußern, persönlich eine Handlung auszuführen oder für das Eintreten einer Handlung verantwortlich zu sein;
2. Glauben, dass die Handlung zu einer nachteiligen Situation für den Adressaten führen wird; und
3. Beabsichtigen, den Adressaten durch das Bewusstsein des Adressaten für die Absicht des Sprechers einzuschüchtern.

Drohungen - wie auch andere Sprechakte im Allgemeinen und Verbrechen der Sprache im Besonderen - werden tendenziell indirekt formuliert. Alternativ können sie in mehrdeutigen Begriffen formuliert werden, um ihnen eine plausibel Abstreitbarkeit zu verleihen. Wie bei anderen Sprechakten spielen pragmatische Faktoren eine große Rolle bei der Feststellung, ob eine Äußerung eine Drohung ist oder etwas anderes.

Ein Beispiel aus Kalifornien beinhaltete einen Kläger, der in den Gerichten wenig Erfolg hatte. Er schrieb einen Brief an einige der Richter und fragte: "Sind alle Fenster versichert?" Das Berufungsgericht entschied, dass diese Frage im Kontext als eine Drohung angesehen werden könnte:

"Die abschließenden Worte seiner Briefe an die Richter Swain, Smith und Huls sind nicht einfach als eine Anfrage zum Status der Versicherung ihrer jeweiligen Fenster zu betrachten. Wir sind der Meinung, dass die Worte ("Sind alle Fenster versichert?"), im Kontext mit den übrigen Teilen der Briefe und unter Berücksichtigung aller anderen Tatsachen und Umstände gut dazu geeignet sein könnten, eine Drohung zu implizieren, Schaden an den jeweiligen Richtern oder an ihrem Eigentum anzurichten" [1].

Wenn es um Drohungen geht, dann halten die Gerichte für gewöhnlich indirekte oder mehrdeutige Ausdrucksweisen für ziemlich typisch. In Bezug auf Fälle von Betrug, der oft mithilfe von Drohungen begangen wird, äußerte der Oberste Gerichtshof von Kalifornien vor über einem Jahrhundert seine Meinung, dass die Parteien, die dieses Vergehen begangen haben, selten den Mut haben, offen und eindeutig zu sprechen, sondern sich mysteriöser und mehrdeutiger Phrasen bedienen – mysteriös und mehrdeutig für die breite Öffentlichkeit, aber in Anbetracht der umgebenden Umstände von der Seite, für die sie bestimmt sind, haben sie keine zweifelhafte Bedeutung. Darüber hinaus könnte indirekte oder mehrdeutige Sprache dazu dienen, den Täter im Falle des Scheiterns seines Betrugs zu schützen.

Drohungen im Internet sind ebenfalls eine reale Erscheinung. In dem Fall "Planned Parenthood gegen ACLA", der illegale Proteste von Befürwortern des Lebensrechts behandelte, gab es Fälle, in denen Plakate auf Websites erstellt wurden, die "gesucht" oder "schuldig" Ärzte zeigten, die Abtreibungen durchgeführt haben. Die Plakate selbst enthielten keine bedrohlichen Formulierungen. Sie befürworteten nicht die Tötung der Ärzte oder boten eine Belohnung dafür an. Die Plakate boten jedoch eine bescheidene Belohnung für "Informationen, die zur Verhaftung, Verurteilung und zum Widerruf der ärztlichen Berufserlaubnis führen" und ermutigten die Menschen dazu, "seine Nachbarschaft zu beschreiben, Flugblätter zu verteilen oder zu protestieren, um seine Schuld am Blut offenzulegen" [2].

Jedoch ist es möglich, dass etwas, was anfänglich nicht bedrohlich ist, durch das Eingreifen nachfolgender Ereignisse bedrohlich werden kann. Ein neuer Kontext kann entstehen, der eine früher unschuldige Aussage bedrohlicher erscheinen lässt. In diesem Fall wurden drei Ärzte, die Abtreibungen durchführten und deren Bilder und Adressen auf ähnlichen Plakaten abgebildet waren, kurz darauf getötet.

Problematischer ist, ob die Angeklagten die Absicht geäußert haben, persönlich eine gewalttätige Handlung gegen die Ärzte zu begehen oder für das Eintreten einer solchen Handlung verantwortlich zu sein. Sie können nur jemanden mit Gewalt bedrohen, wenn Sie ausdrücken oder andeuten, dass Sie die angedrohte Handlung ausführen werden, oder wenn Sie jemand anderen dazu anstiften können. Die Protestierenden, die die Websites unterhielten, schienen nicht zu suggerieren, dass sie selbst gewalttätige Handlungen gegen die Ärzte begehen würden. Es ist jedoch möglich, dass sie durch ihre Veröffentlichungen nahegelegt haben, dass angesichts der Geschichte gewalttätiger Angriffe auf Abtreibungskliniken das Veröffentlichende des Gesichts eines Arztes auf einem Fahndungsplakat auf ihrer Website wahrscheinlich einen ihrer radikaleren Mitglieder oder Unterstützer dazu bringen würde, gewalttätige Aktionen gegen den Arzt zu ergreifen [3, s. 198–211].

Für uns ist dies eine Bedrohung. Andererseits ist die Frage, ob sie ausreichend analog zu dem Fall Planned Parenthood ist, eine schwierige Frage, die zu Recht einem Geschworenengericht überlassen wurde, das befand, dass die Veröffentlichungen die Ärzte bedrohten.

Für uns ist dies eine komplizierte Frage. Ob es sich um eine Bedrohung handelt oder nicht, wurde jedoch vom Gericht entschieden, dass das Veröffentlichende dieser Plakate im Internet eine Bedrohung darstellt.

### *Список використаних джерел*

1. People v. Oppenheimer. Crim. No. 8044. Second Dist., Div. One. Nov. 9, 1962. URL: <https://law.justia.com/cases/california/court-of-appeal/2d/209/413.html>.

2. Planned parenthood v. American Coalition of Life Activists. URL: <https://www.aclu.org/legal-document/planned-parenthood-v-american-coalition-life-activists>.

3. Speaking of crime: the language of criminal justice. Lawrence M. Solan and Peter M. Tiersma. Pp. 198-211.

**Півко Я.,**

здобувач ступеня вищої освіти  
бакалавра Національної академії  
внутрішніх справ

*Консультант з мови: Драмарецька Л.*

## **EUROPOL'S SERIOUS AND ORGANIZED CRIME THREAT ASSESSMENT (SOCTA)**

Europol is the EU's law enforcement agency and it assists the Member States in their fight against serious international crime and terrorism. Analysis is central to Europol's activities. To give its partners deeper insights into the crimes they are tackling, Europol produces regular assessments offering comprehensive, forward-looking analyses of crime and terrorism in the EU [1].

The SOCTA 2021 is the outcome of a detailed analysis of the threat of serious and organised crime facing the EU, providing information for practitioners, decision-makers and the wider public. The SOCTA 2021 sets out current and anticipated developments across the spectrum of serious and organised crime, identifies the key criminal groups and individuals involved in criminal activities across the EU and describes the factors in the wider environment that shape serious and organised crime in the EU. The SOCTA 2021 is the most comprehensive and in-depth study of serious and organised crime in the EU ever undertaken. The SOCTA is a product of close cooperation between Europol, the law enforcement authorities of the Member States and third parties such as EU agencies, international organisations and countries outside the EU with working arrangements with Europol [1].

The SOCTA 2021 provides an overview of the current state of knowledge on criminal networks and their operations based on data provided to Europol by Member States and partners and data collected specifically for the SOCTA 2021. In trying to overcome